

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Lötzer, Carsten Hübner, Kersten Naumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/1834 –**

Zukunftsfähiger Handel und umfassende Reform der WTO

A. Problem

Ausreichende Behandlung der sozialen, politischen und ökologischen Wirkungen der vergangenen Liberalisierungsrunden.

Auswertung und umfassende Diskussion dieser Auswirkungen als Grundlage für eine sozial-, umwelt- und entwicklungsverträgliche Form.

Umsetzung einer demokratischen Reform der WTO vor Einleitung einer weiteren Liberalisierungsrunde.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/1834.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

E. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/1834 – abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2000

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann

Vorsitzender

Gudrun Kopp

Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gudrun Kopp

I.

Der Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/1834 – wurde in der 63. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Oktober 1999 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 15. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat die Vorlage in seiner 30. Sitzung am 1. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 1. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 1. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS beschlossen, Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 23. November 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und CDU/CSU, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS bei einer Stimmenthaltung empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 beraten und den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

III.

Im Antrag der Fraktion der PDS wird darauf hingewiesen, dass das bisherige Tempo der Liberalisierung viele Länder überfordert hat und dass die Umsetzung der Beschlüsse der Uruguay-Runde noch nicht abgeschlossen sind. Die bestehende Eile bei der Vorgehensweise macht in den Augen der Antragsteller unter anderem einen demokratischen Diskussions- und Abstimmungsprozess unmöglich. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, dass auf der WTO-Ministertagung keine weitere umfassende Liberalisierungsrunde eingeleitet wird. Im Antrag werden weiterhin verschiedene Forderungen für die Verhandlungsbereiche Dienstleistungen, Investitionen, Wettbewerbspolitik, Sozialstandards, Handelserleichterungen, Öffentliches Beschaffungswesen sowie Landwirtschaft im Einzelnen aufgeführt.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 26. Januar 2000 beraten.

Im Zuge der Beratungen im Ausschuss unterstrich die antragstellende Fraktion, gerade die Frage der Sozialstandards sei einer der großen Punkte der Auseinandersetzungen in

Seattle gewesen. Man könne jetzt nicht einfach die Auffassung vertreten, die Entwicklungsländer würden den Industrieländern Protektionismus vor. In Seattle seien auch viele Gewerkschafter aus Entwicklungsländern vertreten gewesen. Diese hätten ausgeführt, dass derartige soziale und gewerkschaftliche Standards durchaus gewollt seien. Wenn man die Frage der Sozialstandards behandle, müsse man diese auch stets im Zusammenhang damit sehen, welche

Zugeständnisse gleichzeitig von den Entwicklungsländern verlangt worden seien.

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Fraktion der PDS –Drucksache 14/1834 – zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS, gefasst.

Berlin, den 26. Januar 2000

Gudrun Kopp

Berichterstatlerin